

Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

1	Allgemeine Angaben zum Bericht
1.1	Arbeitsgremium: Bund-/Länderarbeitsgemeinschaft Abfall Ansprechperson/Tel.-Nr.: LAGA – Geschäftsstelle Uwe Meyer, Tel.-Nr.: 0431 / 988 -7166 E-Mail: LAGA-GS@mlur.landsh.de
1.2	Bezeichnung des Berichts Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle
1.3	Die Thematik des Berichts ist ☐ neu ☒ wegen sachlicher Änderung neu erfasst
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts: Die 76. UMK hat die LAGA unter TOP 33 um Bericht gebeten zur 1. Prüfung der Möglichkeiten eines verbesserten und sichereren Verfahrens der zollrechtlichen Abfertigung von Abfalltransporten an der EU-Außengrenze und zum 2. Fortgang der EUDIN- (European Data Interchange for Waste Notification System)-Initiative zur Einführung eines elektronischen Notifizierungsverfahrens für die Abwicklung der grenzüberschreitenden Abfallverbringung. Zur Verbesserung der zollrechtlichen Abfertigung hat Schleswig-Holstein einen Vorschlag vorgelegt, der allerdings von einem Arbeitskreis und der LAGA-Vollversammlung als nicht zielführend und zu aufwändig abgelehnt wurde. Die EUDIN-Initiative wird weiterhin begleitet. Wichtig wäre, dass die Kommission das Thema aufgreift.
2	Notwendigkeit des Berichts
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt: (Ziel) Erledigung des Berichtsauftrags aus der 76. UMK.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund: Beide Punkte behandeln Vollzugsfragen im Zusammenhang mit der Kontrolle der grenzüberschreitenden Abfallverbringung.
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag: Die ACK nimmt den Bericht der LAGA zur „Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle“ zu TOP 33 der 76. UMK zur Kenntnis.

3	Analyse von Konfliktpotential						
	Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen						
	(bitte betroffene Gruppe angeben)			(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)			
	z. B. für den Bund			keine			
	z. B. für die Länder			keine			
	z. B. für Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)			keine			
	z. B. für Bürgerinnen und Bürger			Keine			
	sonstige			Keine			
4	Kostenfolgenabschätzung						
4.1	Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht? (Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angeben)						
	(bitte betroffene Gruppe Angeben)	Personalkosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrenskosten)	A	B
	z. B. für den Bund						
	z. B. für die Länder						
	z. B. für Unternehmen						
	z. B. für Bürgerinnen und Bürger						
	sonstige						
Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern: Die Kosten im Zusammenhang mit Teilschritten hin zu einem elektronischen Notifizierungsverfahrens sind abhängig von noch fehlenden rechtlichen und technischen Vorgaben.							
4.2	Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft? (bitte Ergebnis darstellen) Bezüglich der EUDIN-Initiative handelt es sich um einen Zwischenstand. Gegenstand weiterer Arbeiten ist immer auch die Kosten-/Nutzen-Betrachtung.						
5	Alternativen						
5.1	Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses: Keine Kenntnisnahme des angeforderten Berichts.						
5.2	Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft:						
	keine						